76. Jahrgang. Nr. 74

Sonnabend, 13. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Frauenwahlrecht nun auch in Frankreich

Das Stichwahlsystem beseitigt

Paris, 12. Februar. Die Kammer, die seit gestern ununterbrochen tagt, hat heute in den frühen Morgenstunden einen Antrag des sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriol auf Vertagung der Sitzung auf Dienstag abgelehnt. Um 5.20 Uhr wurde ein Regierungsantrag auf sofortige Diskussion der Wahlreform angenommen. Ein Entwurf auf Beseitigung des zweiten Wahlganges wurde zwecks Berichterstattung dem zuständigen Ausschuß zurückverwiesen, dessen Vorsitzender die Bereitwilligkeit des Ausschusses bekanntgab, sofort in die Berichterstattung einzutreten.

Herriot wandte sich aber gegen eine derartige beschleunigte Beratung. Er erklärte in seiner Protestrede, das Parlament möge den Wahlreformvorschlag des Abgeordneten Tastes auf Beseitigung des zweiten Wahlganges nicht annehmen; denn er würde

die Mittelparteien vernichten und jede Politik der Konzentration unmöglich machen. Im Lande würden sich ein Kartell der Rechten und ein Kartell der Linken gegenüberstehen.

Für die Radikalen, so schloß Herriot, sei die Debatte jetzt beendet. Die Radikalen hätten das allgemeine Stimmrecht verteidigen wollen, dadurch, daß sie für die Notwendigkeit der Stichwahlen eintreten. Jetzt überließen sie die Verantwortung den anderen. Nach diesen Worten verließ Herriot, gefolgt von allen radikalen und sozialistischen Abgeordneten, den Sitzungssaal. Die Sitzung dauerte nichtsdestoweniger an.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Wahlrechtsausschusses, Abg. Mandel, wurde in die Abstimmung über den Vorschlag Tastes eingetreten. Der erste Paragraph lautet: „Die Mitglieder der Deputiertenkammer werden in einem Wahlgang nach dem System der Einerwahl gewählt. Die Kandidaten, die am meisten Stimmen erhalten haben, sind als gewählt anzusehen; bei Stimmengleichheit entscheidet das Lebensalter des Kandidaten. Der älteste ist gewählt." Der gesamte Artikel 1 des Gesetzentwurfes wurde dann mit 311 : 0 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde alsdann ein Zusatzantrag de Monzie, wonach

den Frauen das aktive und passive Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen wie den Männern zuerkannt wird. Dieser Zusatz wurde mit 319 : 1 Stimme angenommen.

Die Kammer setzt ihre Sitzung noch immer fort, um die übrigen Artikel des Wahlgesetzes Tastes zu verabschieden.

Dem Auszug der Linksparteien haben sich ostentativ auch zwei der angesehensten Mitglieder der Mehrheit angeschlossen, und zwar der ehemalige Marineminister Leygues (Fraktion Tardieu) und der Alterspräsident der Kammer, Abg. Thomson (Radikale Linke).

Da die Linksparteien zum Protest gegen den Wahlreformentwurf die Kammersitzung verlassen hatten, haben nunmehr die beiden radikalen Abgeordneten Malvy und Lamoureux auch ihre Mandate als Vorsitzender bzw. Berichterstatter des Finanzausschusses niedergelegt.

Politik, Geschäft und Rüstungen

Scharfe Anklagen gegen die französische Regierung

Paris, 12. Febr. Der sozialistische Abgeordnete Paul Faure hielt gelegentlich der allgemeinen Aussprache über den französischen Haushalt für 1932/33 in der Kammer eine Rede, die eine einzige Anklage gegen die französische Regierung als Geldgeberin sämtlicher ausländischen Rüstungsindustrien war. Unter anderem wandte er sich auch gegen die bekannte französische Rüstungsfirma Schneider-Creuzot als Mittlerin zwischen der französischen Regierung und ausländischen Regierungen. Schneider-Creuzot beliefere den größten Teil der europäischen Staaten mit Kriegsmaterial.

Faure ging einleitend auf die französischen Anleihen an Ungarn ein, die in Wirklichkeit der Firma Schneider-Creuzot zugute gekommen seien. Er warf sodann der Regierung vor, gerade der Banque de l'Union Parisienne (Hauptaktionär Schneider-Creuzot) bei jeder Gelegenheit zu Hilfe geeilt zu sein.

Jedesmal, wenn ausländische Mächte in Frankreich Geld aufgenommen hätten, seien die Schneider-Creuzot-Werke mit Aufträgen von Kriegsmaterial überhäuft worden.

Man habe das bei Mexiko, Serbien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Japan, Spanien, der Türkei sowie Italien gesehen. Umgekehrt habe man auch jedem dieser Länder Anleihen gewährt, wenn es den Schneider-Creuzot-Werken einen Auftrag erteilt habe.

Paul Faure ging sodann auf die Rolle über, die Creuzot angeblich in Deutschland gespielt habe und noch spiele. Er fragte die Regierung, ob sie sicher sei, daß nicht noch heute geheime Pulvermischungen von den Creuzot-Werken sowohl für deutsche als auch für tschechoslowakische Rechnung über die Grenze gingen.

Hierauf legte Faure weitere Schriftstücke vor, wonach einmal 1000 Kilogramm Pulvermischung an eine Gewehrfabrik in Leipzig zur Herstellung von Patronen für Mausergewehre für japanische Rechnung geschickt worden seien.

*

Was Faure über die Waffenlieferungen der französischen Rüstungsfirma Schneider-Creuzot sagt, dürfte im allgemeinen zutreffen und ist ohne Zweifel sehr interessant. Nur hinsichtlich der angeblichen Beziehungen zu deutschen Firmen scheint der Redner der allgemeinen französischen Psychose verfallen zu sein. Ein so eng mit der Pariser Regierung zusammenarbeitendes Unternehmen würde bestimmt niemals die Ausfuhrgenehmigung zur Waffenlieferung an Deutschland bekommen. Wie unobjektiv Faure Deutschland gegenüber ist, geht auch aus seinem jüngst in Dresden aufgetischten Märchen hervor, Creuzot finanziere die deutsche nationale Bewegung. Gerade wenn man die skrupellose Geschäftstüchtigkeit der französischen Rüstungsindustrie bekämpfen will, darf man sie nicht für idiotisch halten, weil parteipolitische Interessen die Verleumdung Deutschlands erfordern.

Memelaufmärsche angeblich abgesagt

Kowno, 12. Februar. Nach der Abreise des litauischen Außenministers Zaunius nach Genf scheint die kampflustige Stimmung gegenüber dem Memelgebiet etwas abgeflaut zu sein. Wenigstens wird in litauischen Kreisen versichert, daß alle in Memel vorgesehenen „Versammlungen", die mit Schützen und Studenten aus Großlitauen beschickt werden sollten,

bis nach der Genfer Entscheidung abgesagt

worden seien. Ob man diesen Angaben Glauben schenken soll, wird erst abgewartet werden müssen, um so mehr, da ja bekanntlich auch der litauische Gesandte in Berlin wenige Tage vor dem Memelputsch alle Gewaltabsichten der Litauer in Abrede gestellt hat. Es wird nun alles von der am Sonnabend zu erwartenden Entscheidung des Rates abhängen. Sollte das Ergebnis eine Verschleppung der Regelung der Memelfrage bringen, so muß damit gerechnet werden, daß die geplanten Aufmärsche und Gewaltaktionen in verstärktem Umfange durchgeführt werden.

Die Memelländer fordern Volksbefragung

Berlin, 12. Febr. Der Memelland-Bund veranstaltete heute abend im ehemaligen Herrenhaus eine große Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung des Memellandes. Neben der Versammlung im Plenarsaal mußte im Festsaal eine Parallelkundgebung abgehalten werden, da der Besuch überaus stark war. Der Vorsitzende des Memellandbundes, Professor Boerschmann, sprach der deutschen Regierung Dank dafür aus, daß sie schnell und nachdrücklich die Sache in Genf verfochten habe.

Es sei undenkbar, daß das Memelgebiet nach den letzten Ereignissen in der Obhut der Litauer bleiben könne.

Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Einsetzung einer örtlichen Völkerbundskommission, die Wiedereinsetzung des Direktoriums Böttcher, die Zurückziehung des Militärs und der litauischen Schützenverbände verlangt werden. Weiter wird die Suspendierung der litauischen Souveränität, eine Volksbefragung aller Memelländer über ihre staatliche Zukunft und eine völlige Neuregelung der Memelfrage unter grundsätzlicher Ausschaltung Litauens gefordert.

Merkys erhält Körbe

Kowno, 12. Februar. Nachdem der Vorsitzende des Landtages es abgelehnt hatte, eine Persönlichkeit zu bezeichnen, die das neue Direktorium bilden könnte, wandte sich Gouverneur Merkys an das ehemalige Mitglied des Direktoriums, Zugaudas, den Bezirkshauptmann Baldzius und den Richter Kalrus, denen er nacheinander die Bildung des Direktoriums antrug. Alle drei sind Mitglieder der Mehrheitspartei. Sie nahmen jedoch den Vorschlag unter der Begründung nicht an, daß das aufgehobene Direktorium Böttcher **noch zu Recht bestehe.**

Am Wendepunkt

In diesen Tagen offenbarte die Statistik eine interessante Tatsache: der deutsche Großhandelsindex hatte den Stand vom letzten Vorkriegsjahr 1913 wieder erreicht. Freilich, in seine Bestandteile gegliedert, sieht er wesentlich anders aus als 1913. Die industriell erzeugten Fertigwaren liegen mit 127 bis 139,8 Prozent noch erheblich über dem Friedenspreisniveau. Dagegen sind außerordentlich stark zurückgegangen die Rohstoffe, die wir aus dem Ausland einführen müssen. Am tiefsten ist der Preissturz beim Rohgummi, dessen Preis nur noch ein Sechzehntel des Vorkriegspreises beträgt. Aber auch andere Rohstoffpreise sind stark gesunken. So die Preise für die größtenteils eingeführten Metalle auf 58 Prozent des Vorkriegsstandes und für Textilrohstoffe auf 66,8 Proz. Das gleiche gilt von einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, von denen insbesondere die heimischen Viehpreise nur noch 64,6 Prozent betragen. All diese Preise sind stark gesunken, ohne daß es notwendig gewesen wäre, auf sie mit den Mitteln staatlicher Zwangswirtschaft im Sinne des Preiskommissariats einzuwirken. Aus diesen Preisbewegungen sieht man, daß sich zwischen den Fertigfabrikaten und den Rohstoffen eine nicht unbeträchtliche Schere geöffnet hat. Das gleiche gilt, wenn man den Lebenshaltungsindex betrachtet. Er steht im Gegensatz zu den Großhandelspreisen noch immer um 25 Prozent über dem Stand von 1913, wenn er auch gegenüber dem Höchststand von 1929 um 20 Prozent gesunken ist. Die Ursachen dieser Differenz liegen einmal darin, daß sich der technische Fortschritt, die Verbilligung und Vermehrung der Erzeugung, vor allem auf die Rohstoffe konzentriert hat, nicht aber auf die Fertigwarenfabrikation. Sie liegen zum zweiten in der Tatsache, daß sich mit der wachsenden Zahl der durch die Krise zum Erliegen gebrachten Betriebe und mit der Verengerung des Kreises der Steuerzahler bei steigenden Steuerbedürfnissen des Staates der Prozentsatz des Anteils der öffentlichen Hand an dem Volkseinkommen ständig gesteigert hat. Die Unsumme der Steuern und sozialen Abgaben aber verhindert naturgemäß die Befriedigung der Preisspanne zwischen Rohstoffen und Fertigfabrikaten, zwischen Großhandelspreisen und Kleinhandelspreisen. Im Jahre 1929 wurde von der öffentlichen Hand von 100 Mark Volkseinkommen die schon damals enorme Summe von 33 Mark beansprucht. Trotzdem sind die Preise fortwährend gesunken. Der Anteil, den die öffentliche Hand für sich vom Volkseinkommen forderte, wuchs aber weiter, weil das Volkseinkommen im Verlauf der Krise ständig zurückging, während die Staatsausgaben durch die steigenden Erwerbslosen- und sonstigen Krisenlasten anstiegen. 1930 wurden fast 48 Prozent für die öffentliche Hand beschlagnahmt, und jetzt haben infolge des immer mehr zusammenschrumpfenden Volkseinkommens diese Ziffern 50 Prozent der noch zur Verfügung stehenden Summe überschritten. Vor dem Krieg war die deutsche Produktion nur mit rund 10 Prozent Steuern belastet. Heute mit dem Fünffachen! Dazu kommt eine durch hohe, vielfach ausländische Zinsen bedingte weitere Belastung, die um so drückender empfunden wird, je geringer infolge der verringerten Warenerzeugung die Ausnützung der vielfach mit fremden Geldern erweiterten Produktionsanlagen ist. Diese Umstände sind eine hinreichende Erklärung für die Tatsache, daß eine Schließung der Preisschere zwischen Rohstoffpreisen und Fertigfabrikaten nicht möglich ist. In der Tat zeigen ja die Abschlüsse fast aller industriellen Unternehmungen, daß Betriebsüberschüsse zur seltenen Ausnahme geworden sind. An dieser harten wirtschaftlichen Tatsache werden alle Bemühungen des Preissenkungskommissars scheitern, weil vielfach weitere Preissenkungen zu verhängnisvollen Substanzverlusten führen müßten. Das gilt, solange Steuern und öffentliche Tarife nicht gesenkt werden, und daran ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu denken.

Wir müssen uns deshalb klar sein, daß wir am entscheidenden Wendepunkt der Preisgestaltung angekommen sind. Der Tiefpunkt ist erreicht. Ein kurzer Blick auf den bisherigen Ablauf der Weltwirtschaftskrise wird diese Ansicht bestätigen. Wirtschaftlich gesehen, nahm die Krise ihren Ausgangspunkt von dem Sturz der Rohstoffpreise. Ursache dafür war folgender Vorgang: Die Schuldnerländer, voran Deutschland, sind von den Gläubigerländern gezwungen worden, ihre Schulden und Tribute statt in Waren, in Gold zu zahlen. Infolgedessen kam der auf dem Währungsmetall Gold aufgebaute internationale Zahlungsmechanismus, der in normalen Zeiten zur Zufriedenheit funktioniert hatte, in heillose Verwirrung. Das Gold sammelte sich in den Kellern der Hauptgläubigerländer Amerika und Frankreich, und es verschwand aus den Schuldnerländern, voran Deutschland. Die Folge war, daß die Schuldnerländer die wachsende Rohstoffproduktion infolge ihrer schrumpfenden Kaufkraft nicht mehr im notwendigen Ausmaße aufnehmen konnten. Auf das Ueberangebot folgte der Preissturz. Infolgedessen wurde die Kaufkraft der Rohstoffproduzenten, namentlich in den überseeischen Ländern, aber auch die der heimischen Land-

SLUB
Wir führen Wissen.